

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/68

Hannover, den 9. Juni 1948

Zum Londoner Abkommen

Von Willy Brandt, Berlin

Trotz einiger richtiger Ausgangspunkte und der Erkenntnis, dass es darauf ankommt, die für die Einreihung Deutschlands in den europäischen Wiederaufbau erforderlichen politischen Voraussetzungen zu schaffen, können die Londoner Empfehlungen bei den demokratischen Kräften in Deutschland nur Enttäuschung auslösen. Die Sozialdemokratie muss sich von entscheidenden Teilen des Londoner Kommuniqués abgrenzen, wobei sie über den Verdacht erhaben ist, mit dieser Abgrenzung auch nur das geringste Zugeständnis an die nationalistische oder nationalbolschewistische Demagogie zu machen.

Die Sozialdemokratie verfiicht seit geraumer Zeit den Standpunkt, dass der Erlass eines Besatzungsstatuts an den Anfang einer politischen Neuregelung gehört. Die anderen demokratischen Parteien in Deutschland haben sich diesem Standpunkt angeschlossen. Die alliierten Regierungen haben die berechtigte Forderung nach einer klaren Abgrenzung der Rechte und Pflichten von Okkupanten und Okkupierten nicht abgewiesen und diese Frage mit auf die Tagesordnung der Londoner Beratungen gestellt. Umso bedauerlicher ist es, dass im offiziellen Kommuniqué nichts über diesen Punkt ausgesagt wird.

Mit Interesse und Befriedigung kann davon Kenntnis genommen werden, dass dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben werden soll, die gemeinsame Grundlage für eine freie und demokratische Regierung zu schaffen. Wir stellen auch mit Genugtuung fest, dass die Sechsmächte-Konferenz das selbstverständliche Recht auf Wiedererrichtung der deutschen Einheit - über widernatürliche Zonen Grenzen hinweg - anerkannt hat. Irrführend ist aber die Feststellung, dass das deutsche Volk jetzt in den verschiedenen Ländern die Freiheit erhalten solle, für sich die politischen Organisationen und Institutionen zu errichten, die es ihm ermöglichen, eine regierungsmässige Verantwortung zu übernehmen. In Wirklichkeit handelt es sich jetzt lediglich um die "Freiheit", zu dem von den sechs Mächten vereinbarten Kompromiss über diese "Organisationen und Institutionen" ja oder nein zu sagen.

9. Juni 1948

Die Ministerpräsidenten der Länder der Westzonen sollen von den drei Militärgouverneuren ermächtigt werden, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen. Die von dieser ausgearbeitete Verfassung bedarf der Bestätigung durch die Militärgouverneure und der Annahme durch die Länder. Nach dieser Konstruktion soll die Deutsche Republik - oder ihr zunächst auf die westlichen Besatzungszonen beschränkter Vorläufer - nicht durch das deutsche Volk, sondern durch die Länder getragen werden. Diese Auffassung wird dadurch unterstrichen, dass die Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung nach von Länderparlamenten festzulegenden Bestimmungen zu entsenden sind. Die Ministerpräsidenten sollen zuvor noch Empfehlungen wegen der Abgrenzung des deutschen Landes machen.

Die Länderregierungen und ihre Vorsitzenden stützen sich gewiss auf demokratisch gewählte Landtage. Deren Mandat erstreckt sich jedoch nur auf die Verwaltung des betreffenden Teilgebiets des deutschen Staates. Die Ministerpräsidenten können darum nicht Entscheidungen einer deutschen Volksvertretung vorgehen; und eine solche Volksvertretung kann nur aus echten, das heißt direkten und freien Wahlen hervorgehen. Die Frage ist: soll das deutsche Volk seinen Staat demokratisch neu aufbauen können oder soll ihm ein künstlicher Staatenbund von aussen aufgezwungen werden? Wir wollen kein "zentralistisches Reich", sondern eine Bundesrepublik, die den Ländern soviel Rechte wie nur irgend möglich belässt und der deutschen Regierung jene Befugnisse einräumt, die sie notwendigerweise braucht.

Eine aus den Ländern und noch dazu nach uneinheitlichen Bestimmungen gebildete verfassunggebende Versammlung würde weder in der politischen Realität, noch im Bewusstsein des deutschen Volkes einen neuen Start bedeuten. Der dem deutschen wie europäischen Wiederaufbau schädliche Länderpartikularismus würde vielmehr stabilisiert und staatsrechtlich sanktioniert werden. Ohne partei-egoistische Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen, darf auch nicht übersehen werden, dass die Sozialdemokratie auf diese Weise erheblich schwächer als bei direkten Wahlen vertreten sein würde. Bei der Rechten würde man das Übergewicht jener Kräfte beibehalten, die in Frankfurt kläglich versagt haben.

Die Londoner Empfehlungen enttäuschen auch alle Hoffnungen auf eine einigermaßen rasche Ankerbelung im Westen. Selbst für die Bildung der Trizone werden nur erste Schritte angekündigt. Die Ablösung des Frankfurter Wirtschaftsrats durch eine kraftvolle, wenn auch im Verhältnis zur deutschen Gesamtlösung provisorische Volksvertretung und Regierungskörperschaft wird erneut vertagt. Über die Stellung Berlins wird in diesem Zusammenhang von den alliierten Mächten nichts ausgesagt. Für den Westen werden - unter Vorwegnahme von Bestimmungen des Friedensvertrages - nicht näher erläuterte Grenzänderungen angekündigt, die die moralische Grundlage des Kampfes gegen das im Osten erfolgte Unrecht erschüttern. Hinzukommt, dass mit den Londoner Empfehlungen offenbar militärische Vereinbarungen verbunden sind, bei denen Deutschland lediglich Objekt sein wird.

Ein erfreulicher Fortschritt ist es, dass von einer politischen Abtrennung des Ruhrgebietes nicht mehr die Rede ist, und dass auch das deutsche Eigentumsrecht an der Ruhrindustrie nicht in Frage gestellt wird. Die Sozialdemokratie wendet sich nicht gegen eine internationale

Kontrollbehörde, die darüber wacht, dass diese Industrie nicht erneut zu einem Mittel der Angriffspolitik wird. Die andere Aufgabstellung der internationalen Kontrolle - zu gewährleisten, dass die Produktion allein am europäischen Wiederaufbauprogramm beteiligten Ländern einschliesslich Deutschlands zugutekommt - leidet unter dem Mangel der Beschränkung auf das westdeutsche Industriegebiet. Eine vernünftige europäische Planung müsste alle in Frage kommenden Grundstoffindustrien umfassen. Im übrigen wird die Praxis der internationalen Verteilungskontrolle - bei der Deutschland zunächst nicht direkt, sondern durch die Besatzungsmächte vertreten sein soll, aufmerksam zu verfolgen sein. Die Berufung auf Sicherheit darf nicht dazu führen, dass ausländische Profitinteressen vernachlässigt werden. Die Nicht-Diskriminierung ausländischer Interessen darf nicht Sonderrechte für solche Kapitalgruppen bedeuten, die nichts dagegen hatten, für Hitler Waffen zu produzieren und daran reichlich zu verdienen. Stärker denn je erhebt die Sozialdemokratie die Forderung, dass Kohle, Stahl und Schwerchemie in den Besitz des deutschen Volkes überführt werden müssen.

Wir hoffen, dass es in absehbarer Zeit zu einer Sicherung des Friedens in Europa kommen möge und damit zu dem in Aussicht gestellten Rückzug der Besatzungstruppen. Es ist nichts dagegen einzusetzen, dass die alliierten Mächte vorher ein Abkommen zur Sicherung gegen eventuelle deutsche Angriffsabsichten schliessen. Ob dazu auch eine einseitige "Kontrolle der Industrie" und die unbeschränkte "Besetzung der Schlüsselgebiete" gehören müssen, wird aber wohl zur gegebenen Zeit noch einer Überprüfung bedürfen. Wir erstreben jedenfalls europäische Lösungen, durch die diskriminierende Massnahmen gegen einzelne Völker überflüssig werden und unerwünscht erscheinen.

Der Londoner Kompromiss ist im hohen Masse durch die Vorbehalte der offiziellen französischen Politik gegenüber Deutschland gekennzeichnet. Wir verstehen die französischen Befürchtungen und bedauern die Unzulänglichkeiten des Londoner Kompromisses umso mehr, als wir von der erstrangigen Bedeutung eines französisch-deutschen Ausgleichs überzeugt sind. Wir sind bereit, den berechtigten Sonderinteressen unserer Nachbarn Rechnung zu tragen. Wir dürfen aber auch erwarten, dass sie die europäischen Notwendigkeiten drei Jahre nach Kriegsende und im Zustande der Hochspannung zwischen West und Ost nicht völlig überschauen.

"Auch die Deutschen sind menschliche Wesen"

Der Londoner "Observer" schreibt in einem Kommentar zur Londoner Konferenz unter anderem: "Ob man Deutschland als eine Nation von Übeltätern, als Kolonialgebiet, als einen Schüler, der einer Zwangserziehung unterworfen wird, als eine Werkstätte für den Marshallplan, oder als einen Grenzstaat in der Machtpolitik betrachtet - man sollte sich immer daran erinnern, dass auch die Deutschen menschliche Wesen sind." (m/96/B65/1/hc)

Die europäischen Sozialisten zur Ruhrfrage

(Über die Wiener Beschlüsse zum Ruhrproblem sind bisher fast nur ganz unzureichende, meist ausserdem direkt falsche Meldungen verbreitet worden. Wir empfehlen, die möglichst weitgehende Berücksichtigung der folgenden Resolution und ihrer kurzen Kommentierung. Die Red.)

Ruhr-Resolution

Die Wiedereinbeziehung Deutschlands in die europäische Produktion und die Gemeinschaft der Völker, aus der es die Nazibarbarei ausgestossen hatte, ist eine der wesentlichsten Vorbedingungen für den wirksamen Wiederaufbau unseres Kontinents, für die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa, für die Hebung des europäischen Lebensstandards und dafür, dass Europa in der Weltwirtschaft jenen Platz einnehmen kann, der seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht.

Die Aufteilung Deutschlands in eine Anzahl kleiner politischer Einheiten, würde mit der Einigung Europas, die wir anstreben, unvereinbar sein. In der Überzeugung, dass jeder Versuch auf Grund des "Rechtes des Siegers" das deutsche Volk daran zu verhindern, die von ihm angestrebte Einigung Deutschlands zu erreichen, unweigerlich eine gefährliche nationalistische Propaganda hervorzurufen würde, sieht die Internationale Sozialistische Konferenz in einem geeinten, demokratischen Deutschland auf der Grundlage eines föderativen Systems, das in freier Wahl vom deutschen Volk akzeptiert wurde und in dem Preussen keine Vormachtstellung mehr einnimmt, einen entscheidenden Faktor zur Verwirklichung des Friedens.

Die Konferenz spricht den Wunsch und die Hoffnung aus, dass die vier Besatzungsmächte eine gemeinsame Lösung finden werden, die eine endgültige Teilung Deutschlands und damit des ganzen Kontinents in zwei Hälften verhindert.

In der Zwischenzeit, angesichts des Fehlens einer solchen Vereinbarung und obwohl die Internationale Sozialistische Konferenz den vollen offiziellen Text der Vereinbarung der Sachmächte-Konferenz in London über die Ruhr noch nicht kennt, nimmt die Konferenz mit Befriedigung von der Tatsache Kenntnis, dass eine Vereinbarung als ein erster praktischer Schritt in der Richtung auf ein vereinigtes Europa erreicht wurde.

Die Konferenz fordert, dass die Zusammensetzung und die Funktion jeder internationalen Kommission für die Ruhr, sowohl als der Charakter der Kontrolle so sein sollten, dass die Sicherheit der Völker und die Erfüllung der Prinzipien des europäischen Wiederaufbauplanes garantiert werden und dadurch die Arbeit der Kommission ein Beispiel der konstruktiven Zusammenarbeit für das gemeinsame Wohl bildet, von dem die europäische Union abhängt.

Die Konferenz erklärt als ihre tiefe Überzeugung, dass es von der grössten Bedeutung für den Frieden und den Wohlstand Europas sein wird, wenn das deutsche Volk sich für die Politik der deutschen Sozialdemokratie entscheidet, die die Schlüsselindustrien der Ruhr in öffentlichen Besitz überführen und unter sozialistische Kontrolle stellen will. Unter keinen Umständen darf zugelassen werden, dass diese Industrien wieder in den Besitz privater Kapitalisten irgendeiner Nation gelangen.

9. Juni 1948

Die Prüfung des Ruhrproblems hat die Konferenz mehr denn je davon überzeugt, dass es notwendig und dringend ist, die Schlüsselpositionen der wirtschaftlichen Macht in Europa unter internationale Kontrolle zu stellen. Die Konferenz beschliesst deshalb eine Kommission einzusetzen, die das Problem weiterprüfen und darüber einer späteren Konferenz berichten soll.

+

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Krich Ollenhauer, der deutsche Delegationsführer auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Wien, erklärte unmittelbar nach seiner Rückkehr, es habe auf dieser Konferenz die sauberste Diskussion gegeben, die er seit Kriegsende auf irgendeiner internationalen Tagung mit so heiklen politischen Themen erlebt habe. Die Atmosphäre sei, auch wo abweichende Meinungen zum Ausdruck kamen, absolut kameradschaftlich und verständnisvoll gewesen und den positiven Grundgehalt, der in der Resolution zusammengefassten Ergebnisses könne niemand verkennen.

Wie weit im Übrigen ein Wandel stattgefunden hat, ergibt sich daraus, dass noch auf der vorangegangenen Pariser Konferenz zum gleichen Gegenstand der Ruhrfrage die Deutschen, unterstützt nur von den Holändern, gegen die Gefahr ihrer politischen Isolierung ankämpfen mussten, während es diesmal die Franzosen waren, die in wesentlichen Punkten mit ihrer Auffassung allein standen. Ihre Forderung nach der Internationalisierung der Ruhr, die ja wesentlich weiter gehen würde als eine Kontrolle, blieb unerfüllt. Die Meldung, dass die Wiener Konferenz die Londoner Beschlüsse geilligt habe, stimmt nicht; sie hat lediglich ihrer Genehmigung darüber Ausdruck gegeben, dass es in London überhaupt zu einer Vereinbarung kam, sie hat sich aber keineswegs mit ihrem Inhalt identifiziert.

Vom deutschen Standpunkt aus sind in der Ruhrfrage in Wien (wie übrigens auch in London) einige bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden, wobei man immer von der Tatsache ausgehen muss, dass heute niemand überzeugenden Einspruch gegen eine internationale Kontrolle erheben kann, die Sicherheit gegen einen neuen Missbrauch des Ruhrgebietes als deutsche Vaffockapota schaffen soll.

Wenn gelegentlich die Frage nach den praktischen Auswirkungen von Beschlüssen der Sozialistischen Internationale gestellt wird, so muss man vor allem darauf verweisen, dass die sozialistischen Parteien an den Regierungen fast aller Länder, auf die es hier ankommt, massgebend beteiligt sind, entweder als tragende Pfeiler, oder, wenn sie ziffernmässig schwächer sind, durch ihre Schlüsselstellung in der innerpolitischen Kräftezusammenfassung. Die Regierungen aber werden von den Parteien gebildet und getragen - nicht umgekehrt. Ausserdem hat die Veröffentlichung der Stellungnahme einer so umfassenden und einflussreichen politischen Kraft wie der der sozialistischen Internationale natürlich ihr erhebliches Eigengewicht mit allen sich daraus ergebenden praktischen Folgen.

Zurückziehung aus Entnazifizierungs-Ausschüssen

sp. Der Landesausschuss und die SPD Bezirksverbände der Bezirke Westliches Westfalen, Östliches Westfalen, Niederrhein und Oberrhein haben beschlossen, ihre in den Entnazifizierungs-Ausschüssen tätigen Mitglieder bis zum 30. Juni 1948 zurückzuziehen. Diese Massnahme erfolgte, weil die Sozialdemokratische Partei nicht gewillt ist, die politische und personelle Verantwortung für eine Entnazifizierung zu übernehmen, die den kleinen Mitläufer zur Rechenschaft zieht, den einflussreichen Nationalsozialisten aber ungeschoren läßt. Durch ihre Nichtteilnahme an der Abstimmung über das Entnazifizierungsgesetz im Landtag von Nordrhein-Westfalen am 29. April 1948 hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion bereits zum Ausdruck gebracht, dass sie die unter britischer Verantwortung gefällten Entscheidungen nicht anzuerkennen in der Lage ist, und dass sie darüber hinaus auch eine deutsche Verantwortung ablehnt, die nicht eine eigene, selbst auferlegte Verantwortung ist. (m/Bl/1/hs)

"Volksbegehren-Fraxis"

sp. Die kommunistischen Behauptungen über die Erfolge ihres Volksbegehrens sind, selbst im Licht ihrer eigenen Angaben, masslos übertrieben. Die KP scheint nirgendwo in den Westzonen die gleiche Zahl der Eintragungen erhalten zu haben, die sie an Stimmen bei den letzten Wahlen hatte. Aus Schleswig-Holstein wird berichtet, daß in vielen Orten zwischen ein und drei Prozent in der Bevölkerung nach eigenen Angaben zur Einzeichnung bewegt werden konnten, obwohl sie vielfach nicht wahlberechtigte Jugendliche zur Einzeichnung veranlaßt und Leute doppelt und dreifach ihren Namen eingetragen haben. In Schleswig zeichneten sich 2,3 Prozent der Bevölkerung ein. In einem anderen Ort 609 von 21.000. All das trotz intensivster Propaganda. Sie versuchen, die Leute irre zu führen, was ihnen vielfach auch gelingt. In einem Fall erbitterte das Schwindelmanöver eine Einz Zeichnerin so sehr, daß sie bis zur Polizei ging, um zu erreichen, daß ihr Name wieder von der Liste gestrichen wurde. Bei den Unterschriftensammlungen werden weder Ausweis-papiere verlangt, noch erfolgt sonst eine Kontrolle. Vielfach werden die Frauen aufgefordert, in Abwesenheit der Männer Einschreibungen auch für den Mann vorzunehmen. (m/Bl/9.6./hs)

400 Heimkehrer pro Tag - 67 Krankenhauseinweisungen

sp. Die Kriegsgefangenenhilfe der SPD teilt mit: Im Monat Mai gelangten bis zum 25.5. 10.075 Heimkehrer aus der Sowjetunion durch das Lager Friedland in die britische Zone. Das entspricht einem Tagessatz von 403 Mann. Davon mußten 1.685 Heimkehrer = 17 Prozent infolge ihres geschwächten Gesundheitszustandes in sofortige Krankenhausbehandlung überwiesen werden, ehe ihre Entlassung ausgesprochen werden kann. Für die kürzere Zeit vom 3. - 23. Mai 1948 konnten durch das Entlassungslager Münster für die gleiche Zone folgende Heimkehrer in ihre Heimatorte geleitet werden: aus England und dem Mittleren Osten 19.182, Frankreich 2.206, Dänemark 68.

(b/Bl/96/1/hs)

Verantwortlich: Peter Raynau